

Dem neuen SPD-Hoffnungsträger Martin Schulz ist Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer schon zwei- oder dreimal in kleinerer Runde begegnet. Beide sind glühende Europäer, und Kramer schätzt, wie engagiert Schulz sich dafür einsetzt. Gar nichts hält er dagegen von den bisher bekannten Plänen des SPD-Chefs für den Arbeitsmarkt.

Herr Kramer, können Sie nachvollziehen, dass Arbeitnehmer Abstiegsängste plagen?

Uns alle plagen manchmal Ängste, auch gesundheitliche oder in der Familie, aber nicht jede Angst ist auch begründet. Die deutsche Wirtschaft jedenfalls war noch nie so leistungsfähig wie heute. Wer trotzdem Ängste schürt, produziert Zerrbilder und darf sich am Ende nicht wundern, wenn die Menschen die Populisten wählen.

Vom Angstwahlkampf profitiert aber nicht die AfD, sondern die SPD. Warum ist der neue Parteichef so erfolgreich?

Er ist ein engagierter, emotionaler Typ, der mit seiner Redeweise Begeisterung entfachen kann. Ich bewundere, mit welcher Emotionalität und rhetorischen Stärke er sich für Europa einsetzt. Innenpolitisch habe ich von ihm allerdings als einziges konkretes Projekt das Arbeitslosengeld Q vernommen.

Macht es denn keinen Sinn, Arbeitslose zu qualifizieren und sie dabei finanziell zu unterstützen?

Aber doch nicht mit den Rezepten aus den 90er-Jahren. Damals wurde das Arbeitslosengeld länger gezahlt, und die Leute wurden auch allgemein qualifiziert. Die Arbeitslosigkeit ist bekanntlich dadurch nicht gesunken, sondern es musste erst ein kluger Mann mit seiner Agenda 2010 kommen. Ich setze hier noch auf den Lerneffekt bei Herrn Schulz.

Was schlagen Sie vor?

Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, würde ich das Geld in Berufsbildung stecken. Das ist die beste Versicherung gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Wir müssen dahin kommen, dass niemand mehr ohne abgeschlossene Schule und Ausbildung ins Leben startet.

Korrekturen an der Agenda 2010 sind bei den Wählern aber sehr populär ...

Ich halte es trotzdem für gefährlich, in einer Situation konjunktureller Stärke, wo es vermeintlich nichts kostet und politisch kein Risiko ist, ein rückwärtsgewandtes und bereits gescheitertes Konzept zu präsentieren.

Sollte nicht lieber der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gesenkt werden, statt ein Arbeitslosengeld Q zu finanzieren?

Zu viel Geld auf der hohen Kante weckt Begehrlichkeiten, wie wir jetzt erleben. Die derzeitige Rücklage der Arbeitsagentur von gut elf Milliarden Euro reicht aber für eine Beitragssenkung noch nicht aus. Im letzten Abschwing haben wir 17 Milliarden Euro gebraucht. Eine solche Reserve aufzubauen ist sinnvoll.

Haben wir denn Nachholbedarf bei den Löhnen, wie Herr Schulz moniert?

In einer Zeit, in der die Lohnerhöhungen oberhalb des Produktivitätszuwachses liegen? Die Frage ist nicht erst gemeint, oder?

Laut Armuts- und Reichtumsbericht der Regierung haben die unteren 40 Prozent der Beschäftigten beim Bruttostundenlohn heute real weniger auf dem Gehaltszettel als 1995...

Wir hatten bis Anfang des neuen Jahrtausends Lohnzuwächse oberhalb der Produktivitätssteigerung, mit der Folge, dass wir nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Mit der Agenda 2010 und einer verantwortungsvollen Tarifpolitik der Sozialpartner während der Finanzkrise haben wir das geändert. Daraus darf man aber jetzt nicht den Schluss ziehen, alles wieder zurückdrehen zu können.

Also verdienen die Beschäftigten genug?

Das ist Sache der Tarifparteien. Am Ende bestimmt den Preis der Kunde von Waren und Dienstleistungen: Als Konsument zahlen Sie nur den Preis, der Ihnen ein Produkt wert ist. Und daran werden sich immer auch die



BDA-Präsident Kramer:
Bildung finanzieren statt Arbeitslosigkeit.

Ingo Kramer

„Wohltaten muss man erst erwirtschaften“

Der Arbeitgeberpräsident vermisst Sigmar Gabriel als Stimme der wirtschaftspolitischen Vernunft in der SPD. Und er warnt: **Der Wirtschaft drohen Regulierungswahn und der Abschwung, sollten nach der Wahl SPD, Linke und Grüne gemeinsam regieren.**

Löhne orientieren. Wir haben die Wahl: Wollen wir die Rekordbeschäftigung erhalten? Oder nehmen wir wieder doppelt so viele Arbeitslose in Kauf?

Verdienen denn die Unternehmen genug, oder müssen die Steuern runter?

Jeder Unternehmer wünscht sich niedrigere Steuern. Aber eben auch gute Straßen oder schnelle Internetverbindungen. Man muss immer aufpassen, die eigenen Wünsche und die Möglichkeiten in Einklang zu halten - gerade wenn man sich einig ist, die Schulden nicht weiter steigen zu lassen oder gar abzubauen. Eine Vereinfachung des Steuersystems wäre dringend anzuraten.

Also keine Steuersenkungen?

Beim Mittelstandsbauch und der kalten Progression halte ich eine Reform schon für angebracht. Es geht doch nicht an, dass bei jeder kräftigen Tarifierhöhung ein Großteil an den Finanzminister geht.

Herr Schulz und die SPD finden es ungerecht, dass viele Frauen in der Teilzeitfalle stecken. Sie auch?

Allen Frauen, die Vollzeit arbeiten wollen, sollte es auch ermöglicht werden. Aber dafür brauchen wir vor allem mehr Kitas und Ganztagschulen.

Als Mittel gegen die Teilzeitfalle plant die Koalition ein Recht zur Rückkehr auf den Vollzeitjob. Warum sperren Sie sich so gegen das Gesetz?

Wenn eine Mitarbeiterin kurzfristig ankündigt, dass sie von dem Recht Gebrauch machen will, muss ich ja jemanden entlassen oder ihm die Arbeitszeit reduzieren, wenn das Arbeitsvolumen nicht gewachsen ist. Wie soll das gehen? Etwas anderes ist es, wenn mir jemand sagt, ich gehe ein halbes Jahr in Teilzeit, um mein Haus zu bauen, und komme dann zurück. Das ist planbar. Das Gesetz, wie es jetzt angelegt ist, könnte dazu führen, dass viele Arbeitgeber Teilzeitarbeitsverhältnisse gar nicht mehr eingehen können, obwohl viele Menschen diese wollen. Es gibt so viele individuelle Lösungen der Arbeitgeber, da brauchen wir ein solches Gesetz nicht.

Ist eine Beschäftigungsbremse für Frauen nicht auch das Ehegattensplitting?

Angesichts der demografischen Entwicklung wäre es sicherlich wünschenswert, aus dem Ehegattensplitting ein Familiensplitting zu machen, Steuervorteile also davon abhängig zu machen, ob ein Paar Kinder hat.

Die SPD will auch eine Familienarbeitszeit einführen, damit sich Paare Arbeit und Kindererziehung gleichberechtigt teilen können. Muss die Politik die Menschen zu ihrem Glück zwingen?

Das sehen Teile der SPD so. Eine solche Entmündigung halte ich für falsch. Ich finde es schön, dass junge Männer heute ihre Kinder aufwachsen sehen wollen und nicht erst ihre Enkelkinder. Aber wir sollten Paare selbst über ihr Leben entscheiden lassen und nicht den vermeintlich fürsorglichen Staat, der dafür dann Geld verteilt. In den Betrieben sind flexible Arbeitszeiten für Eltern doch schon längst Realität.

Sie sagen, Teile der SPD sehen das so. Wer denn nicht?

Herr Gabriel hat die SPD beim Parteitag immerhin daran erinnert, dass Wohltaten, die man austeilen will, auch erst erwirtschaftet werden müssen. Solche Stimmen gibt es noch in der SPD, aber sie treten hinter dem impulsiven Herrn Schulz derzeit etwas zurück.

Was würde der Wirtschaft unter einem SPD-Kanzler blühen?

Wir hatten schon SPD-Kanzler, und der letzte hat mit der Agenda 2010 große Weitsicht bewiesen, denn sie hat mitgeholfen, die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Man sollte das also nicht vom Parteibuch abhängig machen. Wenn ein SPD-Kanzler allerdings einer rot-rot-grünen Regierung vorstünde, dann müssen wir uns verdammt warm anziehen und die Schotten dicht machen. Denn was innerhalb dieses Bündnisses an Regulierungsvergnügen entsteht, wird zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit führen. Da mache ich mir keine Illusionen.

Herr Kramer, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten **T. Sigmund** und **F. Specht**.

Saar-Wahl

Enttäuschung bei der SPD

Vor der Congresshalle in Saarbrücken parken auch gegen 19:15 Uhr noch mehrere Fernsehbusse. Hier wollte die SPD den Wahlsieg feiern. Vor der Halle, in der etwa 500 Menschen auf die ersten Ergebnisse der Hochrechnungen warteten, hängt ein Bildschirm. Darauf steht nur ein Wort, weiß auf rot: Anke. Wie sehr hatten die Genossen gehofft, der Schulz-Effekt würde Anke Rehlinger zur Ministerpräsidentenschaft verhelfen und Annegret Kramp-Karrenbauer aus der Staatskanzlei vertreiben. Doch nun interviewten die vielen Kamerateams die Enttäuschten. Sie stehen in Grüppchen zusammen, trinken Bier, diskutieren, warum ihre SPD es nicht geschafft hat. So wie eine Gruppe von fünf Jungsozialisten, die sich um einen weißen Tisch versammelt haben. Vor ihnen fünf Gläser Pils.

Der 23-jährige Dominik Fabian Buß, schwarze Hornbrille, graues Jackett, versucht sich an einer Erklärung. Schuld an der Niederlage sei der Angstwahlkampf der anderen Parteien. „Die FDP hat wochenlang von DDR 2.0 gesprochen oder dass das Saarland „verrottet“. Tapfer trägt er seinen roten „Anke-Anstecker“ am Revers, die schwarze Krawatte hängt etwas schief. Günther Hüter, 69 und langjähriger Genosse, glaubt auch, dass die CDU mit dem „Angst-Hammer“ ihre Klientel mobilisieren konnte. „Freiheit oder Sozialismus“, warnte sie. Außerdem habe die Drohung von Annegret Kramp-Karrenbauer verfangen, sich bei einer Niederlage komplett aus der Politik zurückzuziehen. „Die Leute im Saarland mögen sie einfach, aber meine Freude hält sich in Grenzen.“ Zum Glück gibt es in der Congresshalle an diesem Abend genug Bier.

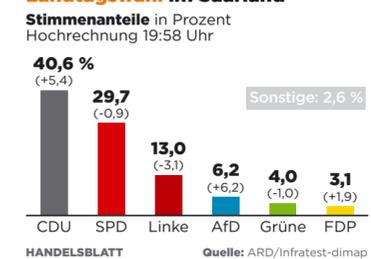
Während die Genossen an der Saar ihre Enttäuschung nicht verbergen können, versucht sich SPD-Chef und Kanzlerkandidat Martin Schulz in Schadensbegrenzung. Er räumt die Niederlage ein, doch „Bundestagswahlen sind Langstreckenläufe und keine Sprints. Wir haben noch sechs Monate vor uns, dazwischen zwei Landtagswahlen“, sagte er kurz nach Schließung der Wahllokale. „In der Fußballersprache haben wir heute das ein zu null erlebt, aber Spiele dauern 90 Minuten, und wir sind eine kampfstärke Truppe, vor allem sind wir geschlossen.“

Nach einer ARD-Hochrechnung von 20 Uhr kam die SPD bei der Wahl im Saarland nur auf 29,7 Prozent der Stimmen und verlor im Vergleich zu 2012 0,9 Prozentpunkte. Die CDU hingegen legte kräftig zu und kam auf 40,6 Prozent. Die CDU-Ministerpräsidentin kann damit die Große Koalition unter ihrer Füh-

rung fortführen, zumal die Grünen den Wiedereinzug in den Landtag verpassten und so eine rot-rot-grüne Option ausscheidet.

Die Erwartungshaltung war riesig bei der SPD. Noch am Sonntag hatte Schulz in der „Bild am Sonntag“ den Führungsanspruch der Sozialdemokraten betont. Es gelte für die Bundestagswahl dasselbe wie für die Landtagswahl im Saarland, sagte der neue SPD-Vorsitzende: „Wir wollen stärkste Partei werden. Wer danach mit uns regieren will, ist herzlich eingeladen, auf uns zuzukommen.“ Zugleich hatte er betont, Rot-Rot im Saarland sei kein Signal für den Bund.

Landtagswahl im Saarland



Allerdings sind alle überzeugt, dass die Wahl große Bedeutung für die Stimmung im Land hat. Dies räumte auch Schulz mit dem Hinweis ein, dass SPD-Spitzenkandidatin Anke Rehlinger im Falle eines Wahlsiegs „den Einstieg in kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni“ beginnen werde. Dies plant die CDU mit Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer zwar auch, indes hat Schulz dies für sich zum Thema im Bundestagswahlkampf gemacht. Er will Haushaltsüberschüsse dazu verwenden und nicht etwa den Rüstungsetat weiter aufstocken oder Steuern senken.

Nun schlägt das Ergebnis auf die Stimmung bei den Sozialdemokraten. „Wir sind nicht zufrieden“, sagte SPD-Parteivize Ralf Stegner. Sie erhofften sich weiteren Schwung, nachdem die SPD in den Umfragen deutlich aufgeholt hatte. Dieser Schwung sollte nicht nur an der Saar helfen, sondern auch bei den Landtagswahlen im Mai in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen und dann bei der Bundestagswahl Ende September.



REUTERS

Wahlverliererin Rehlinger: Keine Schulz-Welle

Am Mittwoch wird Schulz als SPD-Vorsitzender erstmals am Koalitionsausschuss teilnehmen. Bis vor kurzem hatte er seine Teilnahme noch mit dem Hinweis abgesagt, er werde das Frühjahrsfest der SPD-Bundestagsfraktion besuchen. Daniel Delhaes, Anna Gauto, Thomas Sigmund.